

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Dezember 2020

# hauptstadt magazin



In einer  
anderen  
Welt



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



© Michael Wittig

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

ein überschattetes Jahr neigt sich dem Ende. Die Corona-Pandemie hat das Land partiell gelähmt und auch die Pläne und Programme des dbb berlin gründlich durchkreuzt. Zugleich wurden völlig neue Herausforderungen an uns gestellt, wie ich auch in einem Jahresrückblick in diesem Heft skizziert habe.

Trotzdem sind nicht alle berufspolitischen Anliegen auf der Strecke geblieben. So hat Finanzsenator Kollatz den dbb berlin noch im November in einem Grundsatzgespräch über die Konsequenzen informiert, die das Land Berlin aus den vom Bundesverfassungsgericht festgestellten grundgesetzwidrigen Verstößen gegen die amtsangemessene Besoldung ziehen will.

Beim dbb berlin spielen bis in den Dezember hinein die diesjährigen Personalratswahlen eine wichtige Rolle. Über viele positive Ergebnisse werden wir hoffentlich im neuen Jahr berichten können. Zu Jahresbeginn sollen auch die Schulungen unserer neu gewählten Personalratsmitglieder aufgenommen werden. Sechs Seminare stehen bereits für Januar und Februar 2021 fest. Schulungstermine für unsere neu gewählten Frauenvertreterinnen veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe.

Schließlich hat sich der dbb berlin mit einem Beschluss seines Landesvorstandes klar gegen Rassismus und Diskriminierung positioniert.

Berliner Unterwelten e. V. hat in dieser Ausgabe für die Titelgeschichte gesorgt. Das hauptstadt magazin konnte sich bei einer Exklusivführung im Kreuzberger Fichtebunker von der verdienstvollen Arbeit des Vereins überzeugen, der geschichtsträchtige, oft lange verborgene Berliner Bauwerke erhält und der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Das letzte Preisrätsel in diesem Jahr bietet Ratefüchsen die Gelegenheit, sich die Vorweihnachtszeit zu versüßen. Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen drei Christstollen, die jeder für sich ein Kilogramm auf die Waage bringen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest, auch wenn es möglicherweise nicht im gewohnten Familien- oder Freundeskreis stattfinden kann.

Bleiben Sie vor allem gesund im kommenden Jahr, von dem wir uns alle die Rückkehr in ein normales Leben erhoffen.

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

<b>Jahresrückblick</b> In diesem Jahr war alles anders	4
<b>Besoldung</b> Reparaturgesetz angekündigt	6
<b>Beschluss</b> Absage an Rassismus und Diskriminierung	7
<b>Corona-Pandemie</b> Nachwachskräfte unterstützen Gesundheitsämter	8
Verwaltung reagiert auf wachsende Infektionszahlen	8
Wirksame Infektionsschutzmaßnahmen an Schulen gefordert	9
<b>Titelgeschichte</b> Zu Besuch in einer anderen Welt	10
<b>Seminare</b> Personalräte werden geschult	13
<b>Versicherung</b> Beitragsanpassung bei der Debeka	14
<b>Unterhaltung</b> Preisrätsel	15
<b>Letzte Meldung</b> Einigkeit über rückwirkende Besoldungsnachzahlungen	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: installiert\_photos / stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Rückblick

# Becker: „In diesem Jahr war alles anders“

Als die Landesleitung des dbb sich Ende Januar bei einer Klausurtagung intensiv auf die diesjährigen Personalratswahlen vorbereitet hat, sah alles noch so aus, als würde 2020 ein gewerkschaftlich und berufspolitisch von vielen Meetings, Tagungen, Sitzungen und Seminaren, insbesondere im Zusammenhang mit den seit Oktober laufenden Personalratswahlen, geprägtes Jahr werden. Aber in diesem Jahr war alles anders.

Eine von den zwei vorbereiteten großen Personal- und Betriebsrätekonferenzen des dbb berlin konnte zumindest im Februar noch stattfinden. Die zweite fiel der Krise zum Opfer, ebenso erging es der gesamten Veranstaltungsreihe „dbb berlin im Dialog“, für die bereits höchst interessante Gesprächspartner, wie der Bezirksbürgermeister von Treptow/Köpenick, Oliver Igel, gewonnen waren. Verzichten mussten wir auch auf die Durchführung eines großen Teils unserer Seminare und Fortbildungsveranstaltungen.



© Michael Wittig

Gesundheitsschutz, das Dienstunfallrecht unter Pandemiebedingungen oder auch die Kindernotbetreuung betrafen. Versteht sich, dass auch beim dbb berlin – wie überall – statt mit persönlichen Gesprächen mit Videokonferenzen gearbeitet wurde. Wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes in sehr vielen Bereichen gab es auch bei uns statt Freizeit Überstunden über Überstunden.

### Auf den öffentlichen Dienst ist Verlass!

Glücklicherweise konnte der dbb berlin gerade noch seinen alljährlichen Polit-Frühschoppen erfolgreich durchführen, bevor die Ausbreitung der Corona-Pandemie in Deutschland sämtliche Planungen komplett über den Haufen geworfen hat.

Nicht nur eine Veranstaltung nach der anderen fiel dem Lockdown beziehungsweise den geltenden Hygieneregeln zum Opfer, die Gewerkschaftsarbeit konzentrierte sich plötzlich auf Themen, die in weiten Bereichen Neuland bedeuteten.

### Schnelle Hilfestellung mit Praxiskarte

So hat der dbb berlin in Windeseile in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes eine Praxiskarte Coronavirus erarbeitet und großflächig verteilt, um schnell über das richtige Verhalten in der völlig neuartigen, gefährlichen Situation zu informieren. Auch in der Folge war stets unverzüglich und fortlaufend der aktuelle Stand der einschlägigen Senatsbeschlüsse zur Bekämpfung von COVID-19 auf der Homepage [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin) nachzulesen.

In den Vordergrund rückten darüber hinaus Fragen, die beispielsweise die Arbeit im Homeoffice, den

Mein ganz großer Dank gilt deshalb am Jahresende allen, die durch ihren persönlichen Einsatz das öffentliche Leben, teils unter schwersten Bedingungen, am Laufen gehalten haben beziehungsweise noch halten, sei es im Sicherheitsbereich, im Bildungsbereich, im öffentlichen Nahverkehr oder an vorderster Front in Krankenhäusern und Pflegeheimen, um nur einige Bereiche des öffentlichen Dienstes zu nennen.

Meine Hochachtung gilt auch den Personalräten, die in Corona-Zeiten weder Mühen noch Wege scheuen, unverzüglich praktikable Lösungen etwa in Sachen Abstandsgebote und Hygieneregeln zu erarbeiten.

### Es hat sich einmal mehr gezeigt: Auf den öffentlichen Dienst ist Verlass!

Umso unverständlicher, wenn sich ausgerechnet in diesen schweren Zeiten der Berliner Justizsenator auf dem Rücken der Beschäftigten zu profilieren sucht. Mit seinem Landesantidiskriminierungsgesetz ist er insbesondere der Polizei, die es immer mehr – gerade in Berlin – mit randalierenden Extremisten zu tun hat, gehörig in den Rücken gefallen. Clanchefs und Reichsbürger dürften sich freuen, der Rest der Republik schüttelt den Kopf.

## Kein Stillstand in der Besoldungspolitik

Stillstand gegeben hat es trotz Pandemie nicht in der Einkommenspolitik: Die Hauptstadtzulage für den chronisch unterbezahlten Berliner Landesdienst ist beschlossene Sache und dank der höchstgerichtlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss Berlin darüber hinaus den Familienzuschlag für Mehrkinderfamilien erhöhen und Verstöße gegen die amtsangemessene Alimentation ausgleichen. Ein gutes Licht auf die Besoldungspolitik des Berliner Senats werfen diese Urteile allerdings nicht, umso weniger als auch bei der Hauptstadtzulage ein „kapitaler Bock geschossen“ wurde, weil man es sträflich unterlassen hat, frühzeitig die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ins Boot zu holen, die jetzt mit Ausschluss droht.

## Ideologische Scheuklappen

Ideologische Scheuklappen trägt der Berliner Senat bekanntlich schon lange bei seiner verhängnisvollen Weigerung, die Berliner Lehrer zu verbeamten. Neu ist, dass die Landesregierung mit der Einführung der pauschalen Beihilfe versucht, junge, möglicherweise in Versicherungsfragen unerfahrene Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung zu locken. Für den dbb berlin riecht dieses Manöver, das ganz sicher nicht im Interesse der Berufsanfänger ist, verdächtig nach einem erstem Schritt in eine Bürgerversicherung.

Freude löst dagegen die neue Beihilfe-App des Landes aus, mit deren Hilfe Beihilfeanträge einfach und bequem online gestellt werden können. Und nicht nur das: Die Bearbeitungszeit reduziert sich dadurch um ein Vielfaches.

Jetzt zum Jahresende laufen die Personalratswahlen noch auf Hochtouren. Der dbb berlin ist mit einer hochkarätigen Kandidatenliste ins Rennen gegangen und entschlossen, mit seinen Personalräten die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch in Zukunft mit allem Nachdruck zu vertreten. Unser Dank gilt allen, die dem Appell „Aufkreuzen und Liste 2 ankreuzen!“ gefolgt sind.

## Solidarität und Disziplin

Noch am Ende des Ausnahmejahres 2020 ist erfreulicherweise mit der Nachricht über einen Impfstoff die Hoffnung auf eine allmähliche Rückkehr zur Normalität gewachsen. Der dbb berlin wünscht Ihnen, dem Landesdienst, allen Berlinerinnen und Berlinern, kurz der gesamten Bevölkerung nichts dringlicher. Bis zum „Durchbruch“ setzen wir allerdings weiter auf solidarische Disziplin und Verständnis für die einschränkenden Maßnahmen. ■

# Kollatz kündigt „Reparaturgesetz“ an

**Finanzsenator Matthias Kollatz hat ein sogenanntes Reparaturgesetz angekündigt, das den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Besoldung Rechnung tragen soll.**

In einem beamtenpolitischen Grundsatzgespräch am 4. November 2020 mit der Landesleitung des dbb berlin ließ Kollatz ferner wissen, dass darüber hinaus im Entwurf des Besoldungsanpassungsgesetzes ab 1. Januar 2021 ergänzende Anpassungen beim Familienzuschlag vorgenommen werden sollen, um auch der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Alimentation kinderreicher Familien gerecht zu werden.

Zwar werde das Gesetzgebungsverfahren zum Besoldungsanpassungsgesetz durch die Ergänzungen verzögert, die höchstrichterliche Entscheidung könne aber auf diese Weise am schnellsten umgesetzt werden. Die verzögerte Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes, versicherte Kollatz, werde nichts am Anpassungszeitpunkt zum 1. Januar 2021 ändern. Die Besoldungserhöhungen sollen rückwirkend nachgezahlt werden!

## Wichtiger Widerspruch

Das „Reparaturgesetz“, dass die Verstöße des Landes Berlin gegen die in der Verfassung garantierte amtsangemessene Alimentation der Beamten und Richter beseitigen soll, wird nach derzeitigem Stand voraussichtlich zum Jahresende 2020 beziehungsweise zum Jahresbeginn 2021 vorliegen und den gewerkschaftlichen

Spitzenorganisationen zur Beteiligung vorgelegt werden.

Schon jetzt wies der Senator in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Entscheidung der Verfassungsrichter hin, dass nur ein Widerspruch gegen die Höhe der Besoldung einen rückwirkenden Anspruch begründet.

Der dbb berlin hatte ein solches Vorgehen vorausgesehen und in der Vergangenheit immer wieder vorsorglich dazu aufgefordert, Widerspruch gegen Besoldungsbescheide einzulegen, damit spätere Regressansprüche wegen einer nicht amtsangemessenen Besoldung realisiert werden können.

Weitere Themen des Grundsatzgesprächs, an dem auch Staatssekretär Frédéric Verzycken teilnahm, waren die künftige Zusammenarbeit mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die Finanzierung der Fortbildungen in der Berliner Verwaltung, der Stand der Umsetzung des KGSt<sup>®</sup>-Modells in den verschiedenen Verwaltungsbereichen sowie die Evaluation des Laufbahngesetzes und der Laufbahnverordnungen, auf die der dbb berlin besonders eindringlich gepocht hat.

Nach einer drohenden Haushaltssperre befragt, versicherte der Finanzsenator, dass derzeit keine derartige Absicht bestehe. Allerdings könne die zum gegenwärtigen Zeitpunkt unwahrscheinliche Maßnahme in Krisenzeiten nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. ■

# Klare Absage an Rassismus und Diskriminierung

**Der dbb berlin hat die Berichterstattung der letzten Monate zu menschenfeindlichen Äußerungen im öffentlichen Dienst zum Anlass für eine klare Stellungnahme gegen Rassismus und Diskriminierung genommen. Wörtlich heißt es in einem entsprechenden Beschluss seines Landesvorstandes:**

„Menschenfeindlichkeit und Rassismus haben im dbb berlin keinen Platz!

Der dbb berlin steht für eine plurale und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, Rassismus und seine gewaltsamen Folgen müssen mit allen Mitteln bekämpft werden. Das schließt auch kritische Selbstreflexion und erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber den Betroffenen von rassistischer Gewalt und Diskriminierung ein, sei sie nun physisch, psychisch oder strukturell. Schon das Weitertragen von Vorverurteilungen, negativen Zuschreibungen und das Ignorieren vermeintlich weniger gravierender rassistischer Übergriffe trägt zum Aufrechterhalten diskriminierender und verletzender Strukturen bei. Hierbei geht es nicht um das Entlarven oder Anprangern Einzelner.

Als Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sieht sich der dbb berlin in der Verantwortung für eine plurale, solidarische, gerechte und demokratische Gesellschaft und ist entschlossen, diskriminierenden Tendenzen im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken. Straf- und disziplinarrechtlich bewährte Taten sind entsprechend zu verfolgen.

Zugleich verwahrt sich der dbb berlin dagegen, dass das Fehlverhalten offenbar nur einiger weniger den gesamten öffentlichen Dienst diskreditiert und begrüßt deshalb vertiefende Maßnahmen. Dabei sieht der dbb berlin in der Ursachenforschung, etwa einer möglichen Korrelation zwischen Gewalt gegen den öffentlichen Dienst und Neigung zu Extremismus, einen wesentlichen Ansatz.“

© thitsel08 / Pixabay



## Nachwuchskräfte unterstützen Gesundheitsämter

100 Nachwuchskräfte unterstützen – vorerst befristet für drei Monate – die bezirklichen Gesundheitsämter bei der Kontaktnachverfolgung von Infektionen mit dem Coronavirus. Das hat die Ausbildungs- und Einstellungsbehörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport veranlasst.

Die Nachwuchskräfte kommen aus den verschiedensten Einsatzgebieten der Berliner Verwaltung. Die Ersten von ihnen sind bereits seit 9. November im Einsatz und unterstützen die Stammkräfte der Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung von Infektionsketten und Kontaktpersonen. ■

## Verwaltung reagiert auf wachsende Infektionszahlen

Trotz aller im Laufe der Corona-Pandemie getroffenen Schutz- und Hygienemaßnahmen in den Dienstgebäuden der Berliner Verwaltung zwingt die exponentielle Ausbreitung der Pandemie seit Herbst zu weiteren arbeitsorganisatorischen Maßnahmen. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat bereits Ende Oktober alle Dienststellen aufgefordert, weitere Maßnahmen zu prüfen, um die Kontakte unter den Beschäftigten möglichst weitgehend einzuschränken.

Im Einzelnen sollten alternierende Telearbeit, tage- oder wochenweiser Wechsel der Belegschaft vor Ort, schichtähnliche Systeme sowie vermehrte Wochenendarbeit zum Einsatz kommen.

Eine landesweit gültige prozentuale Einschränkung des Präsenzbetriebs hat die Senatsverwaltung Ende Oktober noch nicht vorgeben, sondern die Entscheidung den Dienststellen überlassen.

Beschäftigte, die nachweislich zu Risikogruppen zählen, sollen allerdings nicht mehr in Dienstgebäuden tätig sein. ■



## Wirksame Infektionsschutzmaßnahmen an Schulen gefordert

Heftige Kritik am Krisenmanagement der Senatsbildungsverwaltung in der Corona-Pandemie hat Ferdinand Horbat als Vertreter des DPhV BB Deutscher Philologenverband, Landesverband Berlin/Brandenburg (phv) am 11. November 2020 im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses geübt. Zwar teile man den Wunsch der Bildungspolitik, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten – jedoch nicht um jeden Preis.

Völlig unzureichend nannte Horbat die gegenwärtigen Infektionsschutzmaßnahmen an den weiterführenden Schulen. Weder könne das Abstandsgebot infolge der räumlichen Enge in den Klassenräumen eingehalten werden noch sei das empfohlene Händewaschen bei beispielsweise 700 Schülern in der Pause ohne engen Kontakt praktikabel. Auch ständiges Lüften dürfte in der kalten Jahreszeit zum Problem werden.



Bislang, kritisierte Horbat, fehle es allerdings nicht nur an diesen notwendigen Maßnahmen, sondern auch an validen Aussagen zum Infektionsgeschehen an den Berliner Schulen. Dieses Informationsdefizit begründe zusätzliche ernste Zweifel am Krisenmanagement der Senatsbildungsverwaltung.

Der phv fordert deshalb, dass die Schulen künftig ihre Maßnahmen an nachprüfbaren Daten orientieren können, und zwar unter Einbeziehung der bezirklichen Besonderheiten. ■

Der phv fordert deshalb deutlich erweiterten Infektionsschutz an den Berliner Schulen mit Filteranlagen in allen Klassenräumen, der Ausstattung des Lehrpersonals mit FFP2-Masken, einer generellen Maskenpflicht für Schüler und einer Teilung der Lerngruppen.

Für die Verkleinerung der Lerngruppen erwartet der phv von der Senatsverwaltung für Bildung die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, eine adäquate Ausstattung und die Anwerbung zusätzlichen qualifizierten Personals.



© Berliner Unterwelten e. V. (6)

## Fichtebunker in Kreuzberg

# Zu Besuch in einer anderen Welt

Seit über 20 Jahren hat sich der Verein „Berliner Unterwelten e. V.“ auf die Fahnen geschrieben, geschichtsträchtige, verborgene Bauwerke zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit überwältigendem Erfolg, sowohl was die Zahl der wiederbelebten unterirdischen Schätze Berlins angeht als auch im Hinblick auf das ständig wachsende Publikumsinteresse. Das hauptstadt magazin konnte sich im Fichtebunker in Kreuzberg selbst überzeugen, mit welcher Intensität der Verein seine Besucher in die Geschichte der wiederbelebten Gebäude eintauchen lässt.

Der Kreuzberger Fichtebunker

„Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Fichtebunker als eines von vier Gasometern auf dem Areal zwischen Fichtestraße und Camphausenstraße (heute Körtestraße) fertiggestellt und sorgte bis 1936/37 mit dafür, den wachsenden Gasbedarf der Berliner Bevölkerung sicherzustellen“, erläuterte Mario Moeller, der Sprecher der AG Fichtebunker des Vereins, zu Beginn die für einen überirdischen Bunker atypische zylindrische Form des Bauwerks

## Umbau im 2. Weltkrieg

Erst im 2. Weltkrieg wurde der Backstein ummauerte 22 Meter hohe Koloss mit einem Durchmesser von 56 Metern und einem Fassungsvermögen von 30 200 m<sup>3</sup> in einen zivilen Luftschutzbunker umgebaut, um rund 6 500 Personen – vor allem Müttern mit ihren Kindern – nachts Zuflucht vor den Bombenangriffen auf Berlin zu gewähren.

Dem Verein Berliner Unterwelten ist es zu verdanken, dass zwei der sechs Stockwerke des Bunkers mit viel Aufwand und Liebe zum Detail wieder so hergestellt worden sind, dass sich Besucher komplett in die Kriegszeit hineinversetzen können. Hinter zwei Meter dicken Schutzmauern ohne Tageslicht und in räumlicher Enge zählten die Bewohnerinnen mit ihren Kindern vergleichsweise sogar noch zu den Privilegierten beim Kampf ums nackte Überleben. Für die sicheren Nächte im Bunker waren deshalb auch Berechtigungsscheine erforderlich, die auch für körperbehinderte Menschen ausgestellt wurden.



Krankenstation im Fichtebunker

In die Betroffenheit der heutigen Besucher über die offenkundige Not der Bevölkerung im 2. Weltkrieg mischt sich aber auch Erstaunen über das technisch und organisatorisch ausgereifte Bunkerkonzept.

Tatsächlich wurde beim Umbau des Gasometers in den Jahren 1940/41 ein Mikrokosmos geschaffen, der alle Voraussetzungen für ein sicheres Überstehen der Bombennächte zu antizipieren suchte. Das gilt nicht nur für die gewaltige schützende Außenhaut des Gebäudes, auch im Innern setzten die Erbauer auf weitgehende Autarkie. Eine eigene Krankenstation etwa sorgte für Erste Hilfe. Für die Übernachtungen stan-

den 600 Kabinen mit je sechs beziehungsweise neun Betten zur Verfügung, denen eine ausreichende Anzahl von Waschräumen, Toiletten sowie kleinen Küchen zum Aufwärmen von Babynahrung zugeordnet war. Die spartanische, aber zweckmäßige Einrichtung dieser Räumlichkeiten kann von den Besuchern größtenteils im Original bestaunt werden. Bei den präsentierten Dreistockbetten hat allerdings überwiegend ein Vereinsmitglied vom Fach Hand angelegt, und naturgetreue Nachbildungen geschreinert.

## Viele Eigenleistungen

„Das ganze Projekt wäre ohne die handwerklichen Eigenleistungen der Vereinsmitglieder nicht zu verwirklichen gewesen“, betont Moeller, der selbst wie viele andere Mitglieder der Arbeitsgruppe „Fichtebunker“ auch an jedem Samstag Freizeit für den „Geschichtsspeicher“ opfert.

Aber nicht nur die Aufenthaltsräume im Bunker mit ihren vielen Details, die an die schutzsuchenden Menschen von damals, aber auch an die ursprüngliche Bestimmung des Baus als Gasbehälter erinnern, sind sehenswert. Die Bunkertechnik ist so eindrucksvoll, dass der Verein zu normalen Zeiten eigene Führungen dafür anbietet.

Ein riesiges Notstromaggregat im Erdgeschoss wurde dank umfangreicher Recherchen bei den heute noch renommierten Herstellerfirmen wieder so zum Laufen gebracht, dass Moeller beim Besuch des hauptstadt magazins mit nur wenigen Handgriffen die bunkereigene Stromversorgung in Betrieb setzen konnte.

## Ausgeklügeltes Belüftungssystem

Noch wichtiger als eine sichere Stromversorgung war die ausreichende Belüftung des fensterlosen Gebäudes, um die vielen Insassen ausreichend mit Sauerstoff zu versorgen. Dafür hat ein ausgeklügeltes Belüftungssystem gesorgt, das in der Vergangenheit nicht nur den eingeplanten 6 500 Insassen standgehalten, sondern bei den schwersten Luftangriffen im Februar 1945 sogar 30 000 Schutzsuchenden die Luft zum Atmen garantiert hat, ohne dass die Rauchschwaden der ringsum brennenden Häuser in den Bunker eingedrungen wären.

Zum Gesamteindruck gehört insofern auch, wie es außerhalb des Bunkers in diesen Zeiten ausgesehen hat. Der Verein trägt dem mit einem kleinen Panorama eindrucksvoll Rechnung, das den Betrachter in eine zertrümmerte Berliner Straßenflucht versetzt.

## Flüchtlinge und Obdachlose

Nach dem Krieg bot der Bunker zunächst Flüchtlingen, vorwiegend aus den früheren deutschen Ostgebieten, Herberge, allerdings nach Entlausung und kleiner Verköstigung nur für eine Nacht. Dann hieß es weiterziehen, weil im zerstörten Berlin kein Zuzug mehr möglich war.

Nach den großen Flüchtlingsbewegungen zeigten die alliierten Besetzer der Stadt Interesse an dem Bau, und zwar insbesondere an einem Gefängnisstrakt, den die Nazis im Untergeschoss eingerichtet und hermetisch abgetrennt hatten.



Hermetisch abgeriegelt: der Gefängnisstrakt

Die Zellen konnten praktisch eins zu eins von den Besatzern übernommen werden, wobei sich ihre Belegung mit wahrscheinlich drei Personen allerdings um ein Vielfaches humaner gestaltet haben dürfte als zu Nazizeit, als bis zu zehn Personen mit vielleicht zwei Strohsäcken und einem Abortteimer in die engen Räume gesperrt wurden.

Sichtlich noch humaner wurde die Ausstattung der unteren Räumlichkeiten, als ein Altenheim und ein Obdachlosenasyll Einzug hielten. Auch Kleingewerbetreibende fanden vorübergehend eine Unterkunft, wovon heute wieder eine voll eingerichtete Nähstube zeugt. Von 1963 bis 1988 diente der Bau

Die Belüftungsanlage versorgte gegen Kriegsende 30 000 Menschen mit Sauerstoff.





Noch immer funktions-tüchtig: das Notstrom-aggregat

nur noch als Lager von Lebensmittelreserven und wurde schließlich nach jahrelangem Leerstand 2006 an private Investoren verkauft. Diese wiederum haben die zwei heute zu besichtigenden Etagen des mittlerweile denkmalgeschützten Baus an den Verein „Berliner Unterwelten“ vermietet.

### Einnahmen fehlen

„Damit fallen natürlich laufende Fixkosten an, denen in coronabedingten Lockdown-Zeiten keine Einnahmen aus Führungen gegenüberstehen“, macht Sascha Keil, Vorstandsbeauftragter und Projektleiter im Fichtebunker, auf die aktuelle prekäre Finanzlage des Vereins aufmerksam. Sehr spät sei jetzt Corona-Hilfe bewilligt worden. Ohne das große Engagement von Vereinsmitgliedern, ohne die überwältigende Spendenbereitschaft der vergangenen Wochen wäre der Standort an der Kreuzberger Fichtestraße über den Jahreswechsel hinaus nicht zu halten gewesen. Berlin hätte einen bedeutenden Geschichtsort verloren.

Der Fichtebunker ist nur eins von vielen kosten-trächtigen Projekten des engagierten Vereins. Führungen werden unter anderem im Flakturm im Volkspark Humboldthain, in dem als Atombunker ausgebauten U-Bahnhof Pankstraße, in Deutschlands ältestem U-Bahn-Tunnel auf dem AEG-Gelände an der Gustav-Mayer-Allee und durch den OP-Bunker des ehemaligen Humboldt-Krankenhauses in Berlin-Reinickendorf angeboten. Gleiches gilt im eigenen Berliner Unterwelten-Museum am Gesundbrunnen. Im Nordteil des U-Bahnhofs findet sich als weiteres Highlight eine Dauerausstellung über die wahnwitzigen Nazipläne zur Umgestaltung Berlins zur gigantischen Metropole Germania.

### Publikumsmagnet bei Berlinbesuchern

Führungen und vertiefende Bildungsseminare haben allein im vergangenen Jahr über 360 000 Besucher angelockt. Die Berliner Unterwelten zählen längst zu den Publikumsmagneten, insbesondere bei Berlintouristen. Umso drastischer schlagen die Corona-Beschränkungen und entsprechenden Einnahmeausfälle im Kulturbereich zu Buche, nachdem zum zweiten Mal in diesem Jahr Führungen und Seminare gestrichen werden mussten.

Spenden sind deshalb hochwillkommen und gehen auf jeden Fall in eine richtige und wichtige Zielrichtung: Zeitzeugen der düsteren Geschichte um den 2. Weltkrieg herum wird es nämlich bald nicht mehr geben, umso wichtiger sind beredete Zeugnisse dieser Zeit, die sich auch den nachfolgenden Generationen mitteilen. Genau das bieten die Berliner Unterwelten, und es wäre insbesondere jedem Berliner Schüler zu wünschen, einmal an diesem Geschichtsunterricht „zum Anfassen“ teilnehmen zu können.

Der Verein Berliner Unterwelten ist jedenfalls bestens darauf vorbereitet, die Thematik kinder- und jugendgerecht zu präsentieren und bietet auch geschlossene Kinderführungen (Alter fünf bis zehn Jahre) im Fichtebunker an.

Zum guten Schluss vielleicht eine Geschenkidee für Weihnachten: Wie wäre es mit einem Besuch in den Berliner Unterwelten im neuen Jahr für Ihre Lieben und/oder einer Spende an die unermüdlichen Initiatoren?

Mehr Infos: [www.berliner-unterwelten.de](http://www.berliner-unterwelten.de)

Panorama einer im 2. Weltkrieg zerstürmten Berliner Straßenflucht



## Strafverfahren wegen Beleidigung

# BVerfG verlangt Interessenabwägung

Für eine Verurteilung wegen Beleidigung reicht es nicht aus, dass eine Äußerung die betroffene Person in ihrer Ehre herabsetzt. Vielmehr gelte es, die widerstreitenden, grundrechtlichen Interessen – nämlich Meinungsfreiheit einerseits und Ehrschutzes andererseits – an den konkreten Umständen des Falles abzuwägen. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am 29. Oktober 2020 veröffentlichten Beschluss – 1 BvR 2249/19 – klargestellt.

Zugrunde lag der Entscheidung die Verfassungsbeschwerde eines in Sicherungsverwahrung befindlichen Klägers gegen seine strafgerichtliche Verurteilung wegen Beleidigung einer Mitarbeiterin in einer Justizvollzugsanstalt.

Die Verfassungsrichter rügten, dass die Strafgerichte das Recht auf Meinungsfreiheit gar nicht erst als einschlägig erkannt und erwogen hätten. Eine Abwägung der gegenläufigen Ehrschutz- und Meinungsfreiheitsinteressen unter Berücksichtigung der konkreten Umstände habe es deshalb nicht gegeben.

Auch eine Einordnung als Schmähkritik, die eine Abwägung entbehrlich machen könnte, sei nur angedeutet, aber nicht substantiell begründet worden.

In eine neuerlichen, fachgerichtlichen Abwägungsentscheidung müsse unter anderem einbezogen werden, dass die ehrschmälernde Äußerung im konkreten Fall spontan und mündlich im Rahmen einer hitziger Auseinandersetzungen fiel und dass der Beschwerdeführer in besonderer Weise staatlicher Machtentfaltung ausgesetzt war. ■

## Personalräte werden geschult!

In sechs Veranstaltungen schult der dbb berlin zu Jahresbeginn 2021 seine neuen Personalräte.

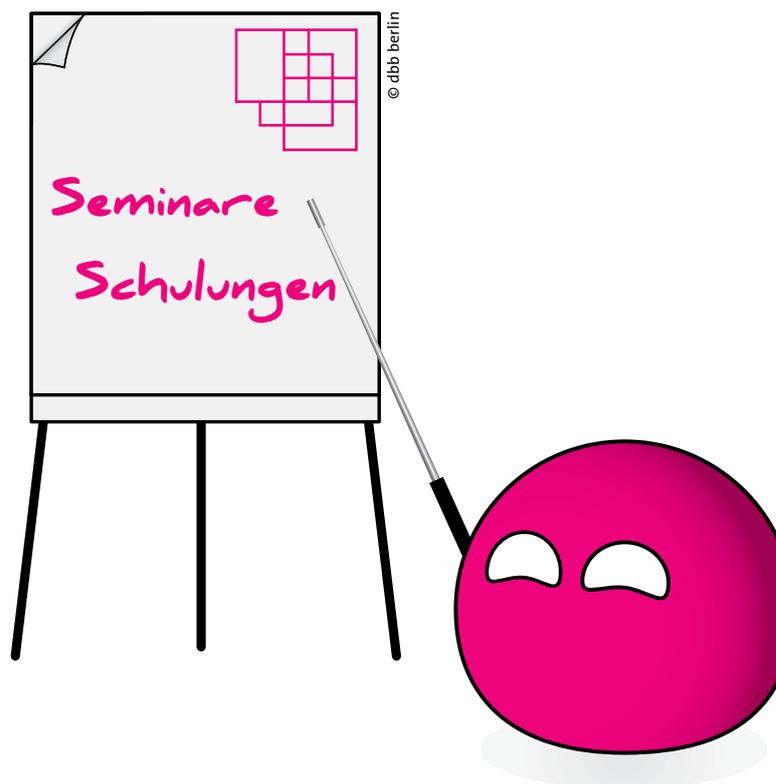
Lernziele dieser Grundschulungen sind der richtige Umgang beziehungsweise die gezielte Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis, die handlungsorientierte Beantwortung von Fragenkomplexen und die zielgerichtete und kompetente Ausgestaltung der Personalratsarbeit.

Die eintägigen Seminare finden in der Landesgeschäftsstelle zu folgenden Terminen statt:

- > 4. Januar 2021 bis 5. Januar 2021
- > 12. Januar 2021 bis 13. Januar 2021
- > 18. Januar 2021 bis 19. Januar 2021
- > 27. Januar 2021 bis 28. Januar 2021
- > 1. Februar 2021 bis 2. Februar 2021
- > 15. Februar 2021 bis 16. Februar 2021

Wegen der geltenden Hygieneregeln ist die Teilnehmerzahl auf zehn begrenzt.

Seminarprogramme, Anmeldeformulare und Hygienekonzept unter [dbb.berlin/service/schulungen/](https://www.dbb.berlin/service/schulungen/) ■



Nach mehrjähriger Stabilität

## Deutliche Beitragsanpassung bei der Debeka

Die Debeka Krankenversicherung passt zum 1. Januar die Beiträge ihrer 2,4 Millionen Vollversicherten an, darunter mehr als zwei Millionen Beihilfeberechtigte. Warum die Betroffenen ab 1. Januar 2021 mit deutlichen Mehrkosten von durchschnittlich 17,6 Prozent rechnen müssen, erläutert die Debeka-Vorständin für die Krankenversicherung, Annabritta Biederbick:



© Debeka

Debeka-Vorständin für die Krankenversicherung, Annabritta Biederbick

„Ursachen dafür sind neben dem medizinischen Fortschritt jetzt auch noch zusätzlich die stark gesunkenen Zinsen, die in die Produkte einkalkuliert werden müssen. Betrachtet man nur die aktuelle Beitragsanpassung, ist das wirklich viel. Wir müssen aber bedenken, dass wir die Krankenversicherungsbeiträge

im Beihilfebereich zuletzt im Jahr 2017 erhöht hatten. Und auch davor herrschte lange Stabilität: Bei den Beihilfeversicherten war es zuvor im Jahr 2012 zu Anpassungen gekommen. Über einen längeren Zeitraum ist die Entwicklung der Beiträge damit moderat verlaufen. Seit der Jahrtausendwende sind die Beiträge bei der Debeka für langjährig Versicherte im Schnitt um 2,8 Prozent pro Jahr gestiegen. Das ist das Ergebnis einer Studie des unabhängigen Forschungsinstituts IGES, in der die ab 2021 geltende Anpassung schon vollständig berücksichtigt ist.“

Ein erheblicher Anteil der Beitragsanpassung geht nach Angaben von Biederbick auf die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zurück, die den Versicherern Zinsrückgänge in zweistelliger Milliardenhöhe beschert habe. Ohne diesen Effekt fiel der Beitragsanstieg nur etwa halb so hoch aus.

Favorisiert hätte die Debeka anstelle des hohen Beitragsanstiegs eine moderate Anpassung in mehreren Schritten, die Gesetzeslage, so die Debeka-Vorständin, lasse das aber nicht zu. Wenn Leistungsausgaben oder Lebenserwartung bestimmte Schwellenwerte überschreiten, könnten die Versicherer nur noch reagieren.

### Starre Kalkulationsvorschriften

Dabei zwingt die starre gesetzliche Regelung die Anbieter, sobald der Schwellenwert – bei der Debeka fünf Prozent – überschritten ist, bei der fälligen Anpassung auch alle Kosten miteinzubeziehen, die in den Vorjahren nicht umgelegt werden konnten, weil der Schwellenwert nicht überschritten wurde. „Die Anpassungen werden also nachgeholt und den Versicherten gezwungenermaßen ‚auf einen Schlag‘ in Rechnung gestellt“, kritisiert Biederbick dieses Verfahren. Die PKV-Branche und auch die Debeka hätten den Gesetzgeber immer wieder aufgefordert, die starren Kalkulationsvorschriften anzupassen, um eine stetigere Beitragsentwicklung ohne derartige Sprünge zu erreichen. Leider kam es bisher nicht zu einer entsprechenden Regelung. ■

Beamter des auswärtigen Dienstes	Vorname Strawinskys	reichlich; üppig	Kurzhaalsgiraffe	Gebetschlusswort	schwarzer, metallisch glänzender Singvogel	verblüht, vertrocknet	Bruder Kains	große Ansiedlung	Zeusheiligtum bei Korinth	englische Grafschaft				
					Hinterlassenschaft			2						
Salat-, Gemüsepflanze		3		von Bäumen gesäumte Straße			Heer; Heeresverband							
Kräuselstoff		Windjacke		10		Augendeckel		Aufnahme- und Wiedergebegerät	Mutter der Kriemhild im Nibelungenlied					
				<p><b>UNSERE GEWINNER</b></p> <p>Aus zünftigen bayerischen Bierkrügen können sich die Gewinner(in) unseres Preisrätsels aus der Novemberausgabe künftig ihr Bier schmecken lassen:</p> <p><b>Adrian Harbott, 14169 Berlin</b>  <b>Wolfgang Sauermann, 16321 Bernau</b>  <b>Stefanie Held, 16727 Oberkrämer</b></p> <p>Das Lösungswort lautete „Halbmond“.</p>								7		
dt. Schriftsteller (Eugen)	amerik. Raub-, Pardelkatze	getrocknetes Gras								anheimelnd		Strom in Mittelasien		lockern; enträtseln
		5	Großstadt in Indien							Hafenstadt an der Ostsee				
ausreichend	Drama von Ibsen									be-trunken (ugs.)		Korankapitel		
				Spaß; Unfug	kleine, seichte Bucht	Göttin der Künste	Schreitvogel, Sichler	leichter Wind	9					
üblich, gewöhnlich		wirtschaftlicher Zusammenbruch				Grundform, Muster, Idee		Abkürzung für United States	1					
	4			japanisches Gericht		6	oberster Teil des Getreidehalms							
längster Fluss Schottlands			Getreidekornschalen		8	schnell laufen (Sport)								



## Guten Appetit ...

... wünscht das hauptstadt magazin schon jetzt den Gewinnern unseres Dezember-Preisrätsels. **Drei Mal** verlosen wir unter den richtigen Einsendungen – passend zur Adventszeit – **einen leckeren, ein Kilo schweren Christstollen.**

Wem jetzt schon das Wasser im Munde zusammenläuft, der schicke die richtige Lösung an:

dbb berlin  
 post@dbb.berlin  
 Fax: 030.327952-20

Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2020.

Die Gewinner werden unter den Einsendern der richtigen Lösung ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**PREISRÄTSEL**



**Gewerkschaftliche Spitzenorganisationen einig**

## Berlin muss rückwirkend für verfassungsgemäße Besoldung sorgen

Der dbb berlin ist sich mit dem DGB Berlin-Brandenburg und dem Deutschen Richterbund – Landesverband Berlin einig, dass der Berliner Besoldungsgesetzgeber unverzüglich in einem Besoldungsnachzahlungsgesetz die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Unteralimentation seit 2009 bei allen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter ausgleichen muss.

Die Besoldungsallianz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der sich auch der Hauptpersonalrat des Landes Berlin angeschlossen hat, drängt deshalb in einem gemeinsamen Forderungspapier auf die unverzügliche Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs, der rückwirkend eine prozentuale Erhöhung aller Besoldungsgruppen auf ein verfassungsgemäßes Niveau vorsieht. Zusätzlich müssen – ebenfalls rückwirkend – die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe A 4 so angehoben werden, dass

der verfassungsrechtlich gebotene Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau eingehalten wird.

Nachdem die vom Land Berlin über viele Jahre billigend in Kauf genommene Unteralimentation höchstrichterlich bestätigt wurde, erwartet die Allianz nicht nur eine unverzügliche rechtstreue Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern insbesondere auch die Einbeziehung aller Betroffenen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Mai 2020 die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in den Jahren 2009 bis 2015 für verfassungswidrig erklärt (Az.: 2 BvL 4/18). Die dabei festgestellte Verletzung des Abstandsgebotes der untersten Besoldung A 4 zur sozialen Grundsicherung wirkt sich auf das gesamte Besoldungsgefüge aus.

